

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ DIE BERLINERINNEN DÜRFEN WÄHLEN:

Welche Koalition verwaltet die soziale Demontage am geschicktesten?



Der Skandal um die Bankgesellschaft Berlin war Auslöser, nicht Ursache, für die Krise, die zum Bruch der großen Koalition geführt hat. Schon bevor die Spendenaffäre Landowsky in den Medien zum Thema wurde, war der Senat von liberalen und konservativen Zeitungen kritisiert worden: Vor allem der Populismus des Regierenden Bürgermeisters und seiner CDU sei mitverantwortlich für den steigenden Schuldenberg des Landes Berlin. Die Christdemokraten hatten ihren traditionellen Einfluß in weiten Teilen des Bürgertums verloren.

„Wenn sich die CDU sozialdemokratischer gibt als die SPD, dann brauchen wir uns doch nicht zu wundern, dass das in der großen Koalition zu einer Lähmung führt“, erklärte der neue Bürgermeister Wowereit (SPD) in einem Gespräch mit dem 'Tagesspiegel' (30. Juni 2001). Er gab damit zugleich auch die Richtung an für die Politik der neuen Senatskoalition. Die rot-grüne Bundesregierung hatte vorgeführt, wie man besser als die alte CDU/FDP-Koalition unter Kohl den Erwartungen des Kapitals gerecht werden kann. Mit ihren Steuererleichterungen für die Industrie und die Reichen und mit der Demontage der gesetzlichen Rentenversicherung hat sie sich die Anerkennung und Unterstützung durch die Verbände der deutschen Wirtschaft gesichert – vor allem, weil es ihr gelungen war, die Gewerkschaften über das „Bündnis für Arbeit“ ohne Widerstand einzubinden.

Das „Erfolgsmodell“ soll jetzt auf Landesebene wiederholt werden. Unter dem Motto „Schluß mit der falschen Rücksichtnahme auf die Betroffenen“ bereitet der Übergangssenat in Spitzengesprächen mit den Vorsitzenden von ver.di und DGB den Boden für die angekündigten Einsparun-

gen von einer Milliarde DM im öffentlichen Dienst vor. Im Unterschied zum Bund wird in Berlin auch die PDS in diese Politik eingebunden. So marschieren alle Parteien, die am 21. Oktober die Chance haben ins Abgeordnetenhaus einzuziehen, in die grundsätzlich gleiche Richtung. Sie präsentieren sich dem Wahlvolk jeweils als die klügeren, kompetenteren, geschickteren und konsequenteren Sanierer. Kaum durch ihren Inhalt, eher durch ihre Verpackung, sind sie noch voneinander zu unterscheiden:

- Die SPD will durch ihren Spitzenkandidaten Wowereit in der Stadt eine neue Mentalität einkehren lassen.
- Die PDS preist sich mit ihrem Spitzenkandidaten Gysi als Vollenderin der inneren Einheit an, die Voraussetzung sei für die Zukunftsfähigkeit der Stadt.
- Die Grünen versuchen, ihre Unentbehrlichkeit als Koalitionspartner der SPD auf Landes- und Bundesebene unter Beweis zu stellen.
- Die CDU, innerlich zerrissen und des alten Führungsklängels beraubt, geißelt den Verrat des sozialdemokratischen Koalitionspartners und prophezeit den wirtschaftlichen Niedergang der Stadt bei einer Regierungsbeteiligung der PDS.
- Die FDP nutzt die Schwächen der angeschlagenen CDU und hofft auf deren Stimmen aus dem bürgerlichen Lager.

Welche Auswirkungen kann das parlamentarische Stühlerücken haben? Was kommt auf die Masse der Bevölkerung zu? Wie können wir vom Standpunkt der arbeitenden Menschen als Sozialisten/Kommunisten Stellung beziehen?

Bevor wir uns den politischen Fragen zuwenden, gilt es, sich die Grundlagen der Berliner Politik genauer anzusehen.

Die Berliner Wirtschaft

Die Währungsunion und der Anschluß der DDR veränderten die ökonomische Funktion und soziale Struktur beider Teile Berlins radikal. Westberlin verwandelte sich zunächst aus der isolierten Frontstadt in den Brückenkopf, die logistische Basis des Anschlusses. Ostberlin wurde von der Hauptstadt der DDR zu einem Teil der neuen Bundesländer.

Westberlin hatte als kapitalistische Insel im feindlichen Meer nur noch auf politischer Grundlage, durch Subventionen existiert. Die Berlinförderung führte zum Aufbau arbeitsintensiver „verlängerter Werkbänke“. Sie waren

untereinander kaum ökonomisch verbunden. Die Verwaltung war überdimensioniert, politisiert und mit der lokalen Wirtschaft (Stadtsanierung) verfilzt. Der Anschlussboom zeigte sich in Westberlin mit einem Anstieg des BIP von 83,7 im Jahre 1989 über 91,0 Mrd. DM im folgenden Jahr auf 99 Mrd. DM 1991. (StJB 95, jeweilige Preise). Während die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer von 758.000 (1989) auf 786.000 (1990) zunahm, ging die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt im gleichen Zeitraum nur von 91.875 auf 90.123 (=9,4%) zurück.

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

- **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 –16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestocheu scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:

F. Lübbe

Herstellung und Vertrieb:

GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.

Alle Zuschriften nur an diese Adresse:

»GFSA e.V. · Postbox 106426 · D-20045 Hamburg«

In Ostberlin brach dagegen im zweiten Halbjahr 1990 die Industrieproduktion um 50% ein, ein weiterer Rückgang auf etwa 1/3 der Leistungen von 1989 erfolgte im ersten Halbjahr 1991. Die zentralen DDR-Behörden wurden nach dem Anschluß abgewickelt. Im Dezember 1990 hatte Ostberlin mit 66.000 Arbeitslosen Westniveau erreicht (9.3%).

Die „Finanzierung der Einheit“ eröffnete mit der faktisch staatlich garantierten Finanzierung des Importüberschusses der ostdeutschen Länder den westdeutschen Produzenten einen idealen Absatzmarkt. Hier zeigten sich die Schwächen der Frontstadtökonomie. Als untergeordnete Glieder der Produktionskette konnten die Westberliner Niederlassungen nur wenig von den neuen Märkten im Osten profitieren, vom Erwerb neuer Produktionsstätten ganz zu schweigen. Als die Subventionen abgebaut wurden, zogen die kalkulierenden Eigentümer ihre unternehmerischen Schlussfolgerungen: Verlängerte Werkbänke, bloße Lohnveredelung mit oft ausländischen Kollegen waren nun nicht mehr lohnend. Während anderswo im Westen der Vereinigungsboom die Krise hinausschob, profitierte in Westberlin das produzierende Gewerbe nicht – Beschäftigung und Produktion gingen massiv zurück.

Das Produktionswachstum im produzierenden Gewerbe im Osten (1991 bis 1995) ging vom niedrigen '91er Niveau aus und schloß weiteren Beschäftigungsabbau ein. Ostberlin entwickelte sich zum subventionierten Reservoir von billigen Arbeitskräften. In Ost und West waren die Wachstumsmöglichkeiten von Handel und Verkehr schon 1991 ausgeschöpft. Bis zum Ende der 90er Jahre kam dieser Bereich nicht mehr vom Fleck.

Dennoch konnte sich Berlin zunächst vom negativen Trend in Westdeutschland abkoppeln, wo bereits im 4. Quartal 1992 die Rezession einsetzte und im ganzen Jahr 1993 anhielt. Dieses Wirtschaftswachstum in Berlin wurde wesentlich vom Dienstleistungsbereich und vom Baugewerbe getragen. Zum letzten Mal profitierte Westberlin von seiner Lage inmitten Ostdeutschlands: als Basis für die Expansion von West-Beamten und Abwicklern.

Trotz des Zusammenbruchs der Berliner Industrie verfiel der Senat nicht in Krisenstimmung. Man machte aus der Not eine Tugend. Die Parteien der Großen Koalition sahen Berlin als „Werkstatt der Einheit“ an, als „Drehscheibe zwischen Ost und West“, als wiederaufstrebende Metropole, auferstanden aus den Ruinen von Teilung und der Zukunft zugewandt. Im Osten übernahm der alte Westberliner Klüngel das Kommando. Wachsen sollte die Stadt, bis Ende der 90er Jahre um 200.000 Einwohner. Der Regierungsumzug und – als Krönung – die Feier der Olympischen Spiele 2004 im Neuen Berlin. Die alte Lüge von der Ohnmacht der Politik blamierte der Senat mit dem kühnen Einsatz hunderter Millionen beim Umbau Berlins zur „Dienstleistungsmetropole“. Vorzeigeobjekt der Senatsstrategie war nicht zufällig der neue Potsdamer Platz, an dem Daimler noch vom rot-grünen Senat der Jahre 1989/90 für ein Butterbrot einen zentralen Raum der Stadt erworben hatte. Neue Büroflächen und attraktive Infrastruktur sollten her. Als Gegengift gegen die Subventionsmentalität des alten Westberliner Gewerbes wurde mit neuen Sonderabschreibungsmöglichkeiten eine gigantische Büroflächenhalde errichtet.

Als Brückenkopf des Anschlusses hing die Konjunktur Westberlins vom Umfang der Geschäfte in Ostdeutschland ab. War der Osten einmal erschlossen, wuchs die Nachfrage nicht weiter, im Gegenteil. Schon an der Zwischenerholung der Jahre 94/95 nahm Berlin nur noch in geringem Maße teil. Schließlich erfolgte nach 1995 der Zusammenbruch des Berliner Wachstumsmodells, entgegen dem positiven Trend im Bundesgebiet. Auf den selektiven Boom folgte die allgemeine Krise (1996-99). Abschreibungsobjekte führen tatsächliche Verluste ein, weit über die geplante Steuerersparnis hinaus. Der behauptete Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft fand nicht statt. Er kann nicht stattfinden, weil eine industrielle Basis als Nachfrager profitabler Dienstleistungen fehlt. Der Regierungsumzug konnte dies nicht ersetzen. Der Beschäftigungsabbau setzte sich fort, nur im Bereich der Unternehmensdienstleistungen gab es noch eine schwache Zunahme: Berlin, die Hauptstadt der schwarzen Hilfssheriffs und der Putzkolonnen. Dabei stieg insbesondere der Anteil der Ausländer an den Arbeitslosen deutlich an, während sich gleichzeitig die Arbeitslosenzahl in Ostberlin stabilisierte. Hier haben die Deutschen, die Ossi, den Ausländern „die Arbeit weggenommen“.

Das Bruttoinlandsprodukt Berlins sinkt seit 1995 beständig und lag im Jahr 2000 etwa 1 % unter dem von 1992. Die Arbeitslosigkeit wuchs dagegen in absoluten Zahlen von 179.953 im Jahre 1991 auf 264.749 im Jahr 2000 bei gleichzeitigem Rückgang der Bevölkerung.

Der Berliner Haushalt

Den öffentlichen Finanzen Berlins wurde seit Anfang der 90er Jahre ein Spagat aufgezwungen: die Aufgaben und Ausgaben wuchsen, die Zuschüsse des Bundes dagegen gingen zurück. Die politischen Gründe für die besonderen Beihilfen waren entfallen, die neuen Ziele in der Ex-DDR kosteten. Die selbstverständliche Finanzierung der öffentlichen Verwaltung der Frontstadt (1989 lagen allein die Personalausgaben mit 9,4 Mrd. DM weit über den Steuereinnahmen von 6,1 Mrd. DM) gehörte ebenso der Vergangenheit an, wie die Berlinförderung. Die Zuschüsse des Bundes gingen massiv zurück: von 16 Mrd. DM 1991 auf etwa 7 Mrd. DM 1995, ein Rückgang, der auch durch die Überweisungen aus dem „Fond Deutsche Einheit“ und später aus dem Länderfinanzausgleich nicht kompensiert wurde. Die Verschuldung des Landes Berlin, die im Jahre 1990 „nur“ 12,6 Mrd. DM betragen hatten, stieg bis 1994 auf über 30 Mrd. DM, Tendenz steigend. Auf DDR-Altlasten konnte man sich dabei nicht hinausreden, denn Ostberlin war, wie alle DDR – Kommunen, 1990 praktisch schuldenfrei. Die 1995 eingeleitete Sanierungspolitik des Senates ging weitgehend zulasten der Bevölkerung, ohne aber das strukturelle Defizit der Stadt beheben zu können. Der einzige Versuch, die Stadt politisch in einen anderen Rahmen zu führen, war die versuchte Länderfusion mit Brandenburg. Er scheiterte an der Weigerung der Brandenburger, sich einem, von der alten Westberliner CDU dominierten Berlin anschließen zu lassen.

Die Befürchtungen einer ökonomischen Auszehrung Berlins durch den Brandenburger Speckgürtel haben sich nur teilweise bestätigt: nur im Bereich Handel steht den Arbeits-

platzverlusten Berlins ein, zudem geringerer, Gewinn des Speckgürtels gegenüber. Wer morgens oder abends an einer Berliner Ausfallstraße steht, der sieht, wohin gependelt wird. Die Arbeitsplätze sind nach wie vor in Berlin. Für den 30.6. 1999 geht das StatLA von 103.000 Berlinern aus, die außerhalb Berlins arbeiteten, davon nur 53.000 in Brandenburg. Umgekehrt hatten 164.900 in Berlin sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ihren Wohnsitz außerhalb, davon 123.000 in Brandenburg (PM StaLA, 25.07.2000). Allerdings ist durchaus ein Wegzug aus Berlin ins Umland zu beobachten. Seit 1996 lag die Zahl der Fortzüge jedes Jahr über der Zahl der Zuzüge. Viele, die es sich leisten können, verlegen ihren Wohnsitz ins Brandenburger Umland und pendeln zur Arbeit nach Berlin.

Nach der gescheiterten Fusion konnte sich der Senat ganz der Konsolidierung widmen. Drei Wege versprachen Entlastung: die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben (Personal), der Rückgang der Investitionen, der Verkauf öffentlichen Eigentums. Alle diese Wege wurden beschritten. Die Privatisierung öffentlicher Versorger (GASAG, BEWAG, Wasserwerke, Wohnungsbaugesellschaften) spülte 1996-98 größere Beträge (zusammen etwa 10 Mrd. DM) in die Kassen.



DIE PROTESTE GEGEN DEN VERKAUF STÄDTISCHEN EIGENTUMS BLIEBEN VEREINZELT: GEWERKSCHAFTLICHER PROTEST VOR DEM SPD-PARTEITAG IM SOMMER 2000

Die damit eingesparten Zinsen dürften sich auf etwa 400 Mill. DM pro Jahr belaufen. Zugleich hat sich der Senat von der Finanzierung zukünftig notwendiger Investitionen befreit. Diesen Vorteilen steht allerdings der dauerhafte Verlust von „Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit“ und wirtschaftspolitischen Einflussmöglichkeiten entgegen. Bei den Investitionen hielt der Senat politisch an einigen Großprojekten fest (Kanzler U- Bahn, Großflughafen, Olympia-Stadion). Insgesamt liegt das Investitionsvolumen des Senates aber nur noch deshalb über der Kreditaufnahme, weil der Senat die direkten Investitionszuschüsse des Bundes nicht herausrechnet. Natürlich wurde der Personalabbau fortgesetzt, um über 35.000 Stellen bis zum Jahr 2000. Auch die Machtapparate waren nicht mehr gänzlich ausgenom-

men. Insgesamt konnte so die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben verringert werden, aber die Verschuldung stieg weiter und das grundsätzliche Problem der strukturellen Unterfinanzierung des Haushalts bleibt nach wie vor ungelöst.

Entlastend wirkten wachsende Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich. Die anderen Zuschüsse des Bundes blieben weitgehend konstant. Der Senat ließ keine Gelegenheit verstreichen, um mit der Abhängigkeit von etwa einem Drittel des Berliner Haushalts von Bund und Ländern die „Sparanstrengungen“ zu verteidigen. Man sei sonst nicht mehr glaubwürdig. Für die großen Koalitionäre aber ging es vor allem um die Aufrechterhaltung ihres politischen Spielraums, der mit einer wachsenden Einflussnahme von außen zu schwinden drohte. Über 10 Jahre hatte der alte Westberliner Klüngel seinen Einfluß und seine Unabhängigkeit gewahrt, aber die Kosten dieser Unabhängigkeit nicht selbst aufbringen können.

Die Krise der Bankgesellschaft Berlin

Am Ende der Boomphase (1994) lag die Gründung der Bankgesellschaft Berlin. Die Fusion der vom Senat kontrollierten Banken „Berliner Bank“, „Berlin – Hannoversche Hypothekenbank“ und der Zentrale der Berliner Sparkassen, der LBB, war der Versuch, eine überregional erfolgreiche Geschäftsbank zu bilden. Seinerzeit waren auch andere Varianten, u.a. der Erwerb der „Berliner Bank“ durch eine ausländische Großbank im Gespräch. Presseberichten zufolge befand sich die Berliner Bank bereits damals in Schwierigkeiten, konnte sich aber dann, u.a. mit den frischen Mitteln der LBB nochmals groß ins Geschäft bringen. In Ermangelung anderer Wachstumsfelder warf sich die Bankgesellschaft auf das Geschäft mit Immobilien.

Zum Haushalt des Landes hat die Bankgesellschaft Berlin über Jahre ihren Beitrag geleistet, obwohl der Umfang der nötigen „Wertberichtigungen“ und „Risikovorsorge“ in den letzten Jahren zunahm. Dividenden in Höhe von zunächst 350 Mill. DM, später 135 Mill. DM sowie kräftige Körperschaftssteuerzahlungen waren ein fester Posten in den Planungen des Finanzsenators. Der unsichere Boden dieser Gewinne wurde deutlich, als der Termin für eine teilweise Veräußerung näher rückte. Im November 2000 beschloß der Vorstand, Teile des Immobiliengeschäftes zu verkaufen und den Erlös in die Risikovorsorge für die verbleibenden Verträge zu stecken. Dieser IBAG – Deal (der Verkauf an einen Investor in der Karibik), seit Anfang Januar 2001 öffentlich betrieben, machte viele Leute aufmerksam und führte rasch zu weiteren Nachrichten über zweifelhafte Geschäftspraktiken. (Spiegel, 29.01.01) Diese Praktiken hatten alle ein Strickmuster: durch eingeschobene Vertragspartner eine externe Übernahme des Risikos vorzuspiegeln, um damit eine weitergehende Unterlegung von Krediten mit Eigenkapital zu umgehen, tatsächlich aber die vorgeschobenen Partner in weiteren Verträgen vom Risiko freizustellen. Kein Wunder, dass in solcher Situation das Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen eingriff und als erstes die Dividendenzahlung (v.a. an das Land Berlin!) in Frage stellte. Das war im Februar. Schon in den Vorjahren war das Amt mehrfach tätig

geworden und hatte u.a. mehrfach eine Erhöhung der Risikoversicherung der Bank befördert. Deshalb begann der Finanzsenator schon im Februar, einen Nachtragshaushalt für 2001 vorzubereiten, da auf jeden Fall die eingeplanten Dividenden, aber auch Steuerzahlungen und Veräußerungserlöse von der Bankgesellschaft nicht mehr zu erwarten waren. Schon im März wurde eine Haushaltssperre verhängt.

Dann kam die Verkündigung der herben Ergebnisse der Sonderprüfung des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen Ende Mai: mindestens 4 Mrd. DM zusätzlicher Eigenkapitalbedarf. Das zweitgrößte private Unternehmen Berlins (16.200 Beschäftigte, nur die Bahn ist mit 18.000 größer), steht vor der Pleite. Nur eine Garantieerklärung des Senats hat Einschränkungen des laufenden Geschäftes abwenden können. Zusammen mit ausbleibenden Steuer- und Dividendenzahlungen der Bank an das Land Berlin ergibt sich eine neue „Lücke“ im diesjährigen Haushalt von 6 bis 8 Mrd. DM. Das Land wird neue Schulden aufnehmen, dafür Zinsen zahlen und weiter „sparen“ müssen. Zu den Neuwahlen treten deshalb alle Parlamentsparteien mit Sanierungsprogrammen an. Es finden sich allerlei Vorhaben, was Berlin sein solle. Es

findet sich keine Analyse, was Berlin ist. Es wird nicht über die 4 Mrd. für die Bank diskutiert, sondern über die Kosten der Berliner Hallenbäder. Eine Vergrößerung der öffentlichen Einnahmen will man durch gezieltere Wirtschaftsförderung erreichen, und durch eine bessere Infrastruktur natürlich. Alter Wein in alten Schläuchen.

Die Krise der Bankgesellschaft war willkommener Anlaß, die große Koalition zu Fall zu bringen. Ihre zentrale Figur, Landowsky wurde über die Annahme einer Parteispende von 40.000 DM gestürzt. Über diesen Skandal wurde die Krise der Bankgesellschaft personell mit der CDU verbunden, da die Spende an die CDU mit einer Kreditvergabe der Immobilien-Tochter der Bankgesellschaft, deren Vorstand Landowsky war, an die Spender zusammenhing. Der SPD kam das Ganze sehr zu pass: Für sie galt es, die Bundeshauptstadt politisch zu dominieren und damit zugleich die Mehrheit im Bundesrat zu ihren Gunsten zu verändern. Es bleibt für sie allerdings die schwierige Aufgabe, der Öffentlichkeit weis zu machen, sie hätte mit Haushaltsdefizit, Wirtschaftskrise und Bankskandal nach zehnjähriger Mitregierung nichts zu tun.

Koalitionspolitik in der Frontstadt

Die vor 10 Jahren gebildete große Koalition war die Fortsetzung der Frontstadtpolitik unter den veränderten Bedingungen. Galt es doch zugleich mit der Privatisierung der Wirtschaft und der Abwicklung der Verwaltung auch die sozialen Errungenschaften und politischen Symbole der verhassten DDR zu schleifen und zu beseitigen – und dazu zählte auch die PDS. Mit allen Mitteln des propagandistischen, politischen und juristischen Kampfes hoffte man, deren herbeigesehntes und prophezeites Ende zu beschleunigen. Eine Zusammenarbeit mit ihr kam für keine Partei des alten Bonner Parlaments in Betracht. So ließ deren Stimmenanteil bei den ersten Gesamtberliner Wahlen nur die Bildung einer großen Koalition zu.

Die SPD war dabei keineswegs – wie heute nachträglich behauptet – in der Rolle einer Geißel der „Rote-Socken-Kampagne“ der CDU, aus der sie sich nun mühsam gelöst hätte, sondern Gefangene ihrer eigenen antikommunistischen Ideologie. Während die CDU die Mitglieder der alten „Blockflötenpartei“ bereitwillig aufnahm, setzte die Sozialdemokratie auf strikte Abgrenzung und Bekämpfung der PDS und verweigerte ehemaligen SED-Mitgliedern den Eintritt in die Partei.

Nutznießer in der großen Koalition war 10 Jahre lang ausschließlich die CDU. Sie konnte ihren Stimmenanteil auf über 40% ausbauen auf Kosten der SPD, die 1999 mit 22,4% auf einem absoluten Tiefpunkt angelangt war. Die CDU besetzte nicht nur zahlreiche Schaltstellen der städtischen und bezirklichen Verwaltung, ihr alter Westberliner Klüngel – dessen zentrale Figur Landowsky war – saß auch an den öffentlichen Geldhänen der Stadt, u.a. der Landesbank Berlin und der Lottogesellschaft.

Ihre Wahlerfolge haben die Christdemokraten u.a. dem sozialen Populismus zu verdanken, für den der Regierende Bürgermeister Diepgen stand. Herausragendes Beispiel war die Anpassung der Löhne im öffentlichen Dienst im Ost- und Westteil der Stadt und der darauf erfolgte Ausschluß aus der Tarifgemeinschaft der Länder. Wahlkampfeslogan der CDU 1995 „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ – die Christdemokraten als Vollstrecker gewerkschaftlicher Grundsätze, für die diese nicht zu kämpfen wagten.

Politisch hatte dem die SPD nur die Forderung nach einer strikten Einhaltung des Sparkurses entgegenzusetzen. Ein Spiel mit „vertauschten Rollen“. Erinnerung sei hier nur an die aus Hessen importierte Finanzsenatorin Fugman-Heesig (SPD), von den bürgerlichen Medien als Hoffnungsträgerin gefeiert, weil sie nicht in den Berliner Parteienklüngel verstrickt sei und von daher einen konsequenten Sanierungskurs im Berliner Senat auch durchsetzen könne.

Trotz zahlreicher Sparmaßnahmen in der Verwaltung und bei öffentlichen Dienstleistungen (bei steigenden Gebühren) und trotz des Verkaufs städtischen Eigentums kam die große Koalition dem selbst propagierten Ziel nicht näher; im Gegenteil: Der Schuldenberg wuchs beständig an. Einmalige Einnahmen aus Veräußerungen verringerten zunächst die Neuverschuldung, ließen aber ein erneutes Ansteigen auch der Neuverschuldung mittelfristig erwarten.

Die Betroffenen und die Gewerkschaften haben die Sparmaßnahmen im Wesentlichen akzeptiert bzw. mitgestaltet, insbesondere die ÖTV. Sie trug die Privatisierung öffentlicher Betriebe (Bewag, Gasag sowie einzelner BVG-Linien) als auch die Schließung und Zusammenlegung von Krankenhäusern, den Abbau von Betten mit und beschränkte sich

darauf die „Sparmaßnahmen“ für die Beschäftigten sozialverträglich abzusichern.

Eine Ausnahme stellt nur der Bildungsbereich dar. Hier hatten kontinuierliche Sparmaßnahmen zu katastrophalen Zuständen an den Schulen geführt, verschärft noch durch eine Arbeitszeitverlängerung für Lehrer. Vom Durchschnittsalter der Lehrkräfte gesehen unterrichten in Berlins Schulen die Großeltern ihre Enkel. Der entsprechende Unmut unter Schülern, Eltern und Lehrern gipfelte in vielfältigen Aktionen und Demonstrationen, getragen und organisiert zum Teil von der GEW (Siehe Arbeiterpolitik Nr. 3 / 2000, S. 21 – 27).

Das klägliche Ende der großen Koalitionäre

Schon lange vor dem Auseinanderbrechen der Senatskoalition fiel deren Bilanz nach allen Seiten hin negativ aus.

Für die herrschende Klasse war der Abbau sozialer Leistungen und öffentlicher Dienste sowie die weitgehende Privatisierung städtischer Aufgaben nur halbherzig angegangen worden und auf halber Strecke steckengeblieben. Vor allem der Regierende Bürgermeister Diepgen und die CDU wurden zur Zielscheibe der Kritik in den bürgerlichen Medien. Eine falsche Rücksichtnahme auf die Betroffenen, die Angst vor einem Konflikt mit den Gewerkschaften und das Schielen nach Wählerstimmen seien verantwortlich für die nicht angepackte Sanierung des Haushalts und die steigende Schuldenlast des Landes.

Für die Masse der Bevölkerung sind die 10 Jahre seit der Vereinigung gekennzeichnet von einem verschärften Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt verbunden mit einer allgemeinen Absenkung des Lohnniveaus, am stärksten im Dienstleistungs- und Baugewerbe. Arbeitslosigkeit und Armut haben auch im Westteil der Stadt das Niveau der neuen Bundesländer erreicht und eine Besserung ist nicht in Sicht. Die Einschränkungen öffentlicher Dienstleistungen bei steigenden Gebühren haben die Unzufriedenheit mit dem Senat wachsen lassen.

Es bedurfte nur noch eines konkreten Anlasses, um die angeschlagenen Koalitionäre ins Wanken zu bringen. An der Spendenaffäre Landowsky und der Krise der Bankgesellschaft Berlin machte sich der Unmut aller Betroffenen fest. Während die Masse der Bevölkerung seit Jahren den Gürtel enger schnallen mußte, hatte sich der CDU-Fraktionsvorsitzende nicht nur einen mit 700.000 DM dotierten Vorstandsposten gesichert und Parteifreunden einen 600 Millionen DM-Kredit zugeschanzt; er war auch mitverantwortlich für das Milliardenloch der Bankgesellschaft, das nun mit öffentlichen Steuergeldern gestopft werden muß.

Aber selbst das konnte die Nibelungentreue von Partei- und Fraktionsführung der SPD nicht erschüttern. Erst nachdem so unterschiedliche und gegensätzliche Kräfte wie FDP, Grüne und PDS ein Volksbegehren für Neuwahlen eingeleitet hatten, war das Schicksal des Senats besiegelt. Die SPD mußte die Koalition aufkündigen, wollte sie nicht durch das Votum der Wähler zusammen mit der CDU aus dem Amt gejagt werden. Diesen Erfolg wollte sie dem Wahlvolk nicht gönnen, zumal davon in erster Linie die PDS profitiert hätte. Mit den Stimmen auch der SPD wurde Diepgen durch ein

Mißtrauensvotum gestürzt. SPD und Grüne bildeten zunächst mit Unterstützung der PDS einen Übergangssenat.

In vielerlei Hinsicht ähnelt die Ausgangssituation vor den Neuwahlen in Berlin der politischen Lage in Bonn:

- Eine CDU, von den Fleischtopfen abgewählt, ihrer Führungsfiguren beraubt, innerlich zerrissen und in Grabenkämpfe verwickelt, durch Spendenaffären diskreditiert, hat kaum eine Chance, demnächst wieder an die Regierung zu gelangen.
- Die FDP, die aus der Schwäche der Konservativen Kapital schlagen kann, sich als zweite starke Partei des bürgerlichen Lagers etablieren will und in Berlin durchaus die Chance hat, nach zwei Legislaturperioden wieder ins Abgeordnetenhaus einzuziehen.
- Die SPD, die schon lange ihre alten sozialdemokratischen Positionen geräumt hat, als Regierungspartei und Vollstrecker „neoliberaler“ Politik sich die Unterstützung der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft sichert, sitzt fest im Sattel. Denn die Christdemokraten stellen zur Zeit weder für die Wähler noch für die Herrschenden eine akzeptable Alternative dar.
- Auch die Grünen haben mit ihrer Regierungsbeteiligung längst alte Standpunkte (Ökologie, Pazifismus) aufgegeben und versuchen bei sinkender Zustimmung der Wählerschaft ihre Unentbehrlichkeit als Koalitionspartner der Sozialdemokraten unter Beweis zu stellen.

Im Unterschied zum Bund fällt der PDS beim parlamentarischen Stühlerücken in Berlin ein entscheidende Rolle zu. Der rot-grüne Übergangssenat ist auf ihre Stimmen angewiesen. Zwar hoffen SPD und Grüne aus parteitaktischen Überlegungen auf ein Wahlergebnis, welches nach dem 21. Oktober eine Ampelkoalition ermöglicht. Aber eine Beteiligung der PDS an einem zukünftigen Senat wird von den Sozialdemokraten nicht mehr abgelehnt, auch wenn es dagegen an der Basis der SPD erhebliche Widerstände geben dürfte.

Bisher galt bei vielen die PDS noch als einzige Oppositionspartei auf der parlamentarischen Bühne. Sie hatte sich auf der einen Seite zum gesamtdeutschen Anwalt der Interessen der DDR-Bürger gemacht, zum anderen besetzte sie verbal die von SPD und Grünen geräumten politischen Positionen. Sozusagen als linke Variante der SPD kritisierte sie die Sozial- und Außenpolitik der Bundesregierung. In einigen Westbezirken Berlins hatte sie die Grünen, die ehemals Alternative Liste, als Oppositionspartei abgelöst, z.B. in Kreuzberg mit 9,7% der Wählerstimmen bei der letzten Wahl.

Die PDS: Regierungsbeteiligung um jeden Preis

Bereits Monate vor dem Bruch der großen Koalition brachte sich Gysi als Bürgermeisterkandidat ins Gespräch und wartete mit dem Vorschlag auf, ein neuer Senat solle sich aus unabhängigen Fachleuten zusammensetzen und jenseits des Parteienstreits die Stadt aus der Krise führen. Ein Vorschlag, der später auch vom ehemaligen BDI-Vorsitzenden Henkel auf der Seite 2 im „Tagesspiegel“ präsentiert wurde, wo er seinen Wunschsenat vorstellte. „Ob von der ÖTV oder von

den Laubenpiepern: Berlin hat sich zu lange erpressen lassen. ... Nichts mobilisiert eine Gesellschaft so wie eine handfeste Krise. Max Frisch drückte das mal so aus: 'Die Krise ist ein produktiver Zustand. Man muß ihm nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.' Hurra, wir haben endlich eine Krise! Nutzen wir sie, indem wir uns auf morgen konzentrieren. Meine Erfahrung sagt mir, daß man das nicht mit den Leuten kann, die für das Gestern verantwortlich sind. Die Mehrheit der Berliner ist für Neuwahlen. Um die alten Politiker aus der Verantwortung zu entlassen, damit sie dann nach neuer parlamentarischer Umverteilung weitermachen können? Für eine derartige Politik brauchen wir keine Neuwahlen. Wenn wir wirklich etwas ändern wollen, brauchen wir neue Leute." Eine von den Parteien unabhängige Regierungsmannschaft, die nicht auf Stimmen schielen und sich dem Votum des Wahlvolks stellen müsse, solle den Haushalt der Stadt sanieren. Aber soweit sind die Verhältnisse noch nicht. Vorerst müssen die Herrschenden mit dem Vorhandenen vorlieb nehmen und fahren dabei mittlerweile auch bei der PDS gar nicht so schlecht.

Die PDS vermeidet im Wahlkampf alles, was sie auch nur dem Anschein nach in Gegensatz zum ersehnten Koalitionspartner bringen und ihre Regierungsfähigkeit in Frage stellen könnte. Ihre traditionellen sozialpolitischen Forderungen drohen, zur sozialen Demagogie zu verkommen, wenn sie sich selbstverständlich der Logik der leeren Kassen und des Sanierungszwanges unterwirft. Im Gleichklang mit den übrigen parlamentarischen Parteien macht die PDS die zum Sachzwang deklarierte Sanierung des Haushalts zum Ausgangspunkt ihrer politischen Überlegungen und Vorschläge.

Vorbeugend erklärt Gysi schon mal seine Bereitschaft, sich notfalls auch mit den Gewerkschaften anzulegen. Steigende Arbeitslosigkeit und Armut, zusammengestrichene soziale Leistungen, Bezirksverwaltungen, die wegen fehlender materieller Mittel nur noch den Mangel verwalten können, – kurzum die „Nöte des kleinen Mannes“, zu dessen Fürsprecher sich die PDS ernannt hatte, – spielen, wenn es um die Regierungsbeteiligung geht, höchstens noch eine untergeordnete Rolle. Die PDS preist sich als der bessere Sanierer an, der soziale Belange noch am meisten mit berücksichtigen will und versichert mehr oder weniger glaubhaft, dass sie dabei den Kapitalverwertungsinteressen der in Berlin noch ansässigen und der hierher einzuladenden Unternehmen keineswegs im Wege stehen werde.

Die Eintrittskarte in den Club der etablierten parlamentarischen Parteien hatte die PDS in Mecklenburg-Vorpommern gelöst. Dessen Ministerpräsident Ringsdorf stellte ihr das politische Führungszeugnis aus: „Die PDS ist ein verlässlicher Koalitionspartner, der keine Systemveränderung anstrebt.“ Seine Empfehlung an die Berliner Parteifreunde: bildet eine rot-rote Koalition! Schließlich könnte diese auch die Mehrheit für die rot-grüne Bundesregierung im Bundesrat sichern. Die PDS hatte gerade in Mecklenburg-Vorpommern bewiesen, dass sie Ministersessel nicht einfach verlässt. Als der Regierungschef der „Rentenreform“ der Bundesregierung im Bundesrat, im offenen Widerspruch zur Koalitionsvereinbarung zustimmte, war die PDS empört und rang Ringsdorf und den Gremien der Landes-SPD die Zusage ab, das nicht wieder zu tun und das nächste Mal über einen evtl. Bruch der Koalitionsvereinbarung vorher mit den PDS-



Repräsentanten zu verhandeln. Die Regierungsbeteiligung in der Hauptstadt soll der PDS jetzt auch die Türen im Westen der Republik und auf Bundesebene öffnen.

Zur Durchsetzung dieses Ziels läßt sich die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ auch in den Zeugenstand bitten. In Sachen öffentlicher Verurteilung der DDR/des Sozialismus gibt sie bereitwillig Schritt für Schritt die von ihr erwarteten und geforderten öffentlichen Erklärungen ab, der staunenden Mitgliedschaft und Öffentlichkeit als ernsthafte Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit präsentiert. „An unseren Antworten zu Fragen der Geschichte wollen und sollen die Menschen ersehen, inwieweit wir uns von der SED-Vergangenheit gelöst haben und zu einer kritisch mit der eigenen Geschichte umgehenden, demokratisch und rechtsstaatlich verlässlichen Partei entwickelt haben.“ (Erklärung des Parteivorstands zum 13. August) Alle Bekenntnisse zu den Werten der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie werden nicht verhindern können, daß konservative und reaktionäre Kräfte mit der Keule „ihrer kommunistischen Vergangenheit“ die PDS prügeln, wenn sie sich dadurch einen politischen Vorteil versprechen. Noch nach Jahrzehnten mußte sich Herbert Wehner als „vaterlandsloser Geselle“ seine ehemalige KPD-Mitgliedschaft im Bundestag vorhalten lassen.

Der Kurs der PDS-Führung, wie er jetzt im Wahlkampf deutlich wird, stößt auf Unmut und Kritik in der Partei. In den letzten Wochen häufen sich die Austritte. Bei vielen älteren Genossinnen und Genossen stößt der Umgang mit der eigenen Vergangenheit auf Ablehnung; sie sehen dadurch ihren eigenen Lebensweges und ihr Engagement in der und für die DDR diffamiert. Auch in den Westbezirken bleiben die neuen Töne im Wahlkampf nicht unwidersprochen. Hatten sich hier doch, neben ehemaligen Mitgliedern der SEW, auch gerade von der SPD und den Grünen enttäuschte Men-

schen in der PDS bzw. in ihrem Umfeld organisiert. Sie fürchten eine Entwicklung ähnlich wie bei den Grünen, die im Interesse der Regierungsfähigkeit die eigenen Inhalte, bisherige programmatische Aussagen, fallengelassen haben.

Dennoch dürfen wir uns nichts vormachen. Von der überwiegenden Mehrheit sowohl der Parteitage-Delegierten als auch der Mitglieder wird der Wahlkampfkurs der Parteiführung gebilligt. Für viele Mitglieder der PDS in den neuen Ländern war die Art und Weise der Vereinigung ein treibendes Motiv für ihr Engagement. Als Mitglieder der SED, als Beschäftigte in der staatlichen Verwaltung, in Bildungseinrichtungen oder Massenorganisationen der DDR wurden sie im vereinigten Deutschland zu Bürgern zweiter Klasse, deren Fachwissen und Erfahrungen nicht mehr gefragt waren, sondern diskreditiert wurden. Der Erfolg der PDS bei den Wählern, ihre zunehmende Akzeptanz auch bei den alten Bonner Parteien wird sozusagen zum Gradmesser für den Fortschritt beim Kampf gegen Diskriminierung und Ausgrenzung. Sie dürfen wieder mitverwalten (diesmal die kapitalistische Gesellschaftsordnung) zunächst in den neuen Ländern und – so die Hoffnung – über den Wahlerfolg in Berlin auch im gesamten Bundesgebiet. Bereits 1995 hatte der damalige Parteivorsitzende Lothar Bisky auf dem Magdeburger Parteitag der PDS in seinem von den Delegierten bestätigten Referat unwidersprochen erklärt: „Wir wollen teilhaben an der Verwaltung des sozialpolitischen Status quo.“ Wie bei den anderen parlamentarischen Parteien auch, ist in der PDS das Eigeninteresse des Apparates und hunderter parlamentarischer Mandatsträger auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zu einem bestimmenden Faktor ihrer Politik geworden. In den Ostbezirken Berlins haben sich die bei der PDS organisierten Stadträte – sieht man von Einzelbeispielen ab – reibungslos an der Verwaltung des Status quo beteiligt.

Mit dem Stimmzettel lässt sich die soziale Demontage nicht aufhalten

Ein rot-grüner Senat – ob mit oder ohne Beteiligung der PDS – soll die Lähmung der großen Koalition überwinden. Wohin die Reise gehen wird, zeigen uns die Erfahrungen der letzten drei Jahre im Bund. Zum Ende der Ära Kohl kam es zum Widerstand gegen die „sozialen Grausamkeiten“ der Bundesregierung, u.a. durch die Demonstrationen der Bergleute nach Bonn und die spontanen Streiks gegen den Wegfall der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die Führungen der Gewerkschaften haben diese Kämpfe nicht unterstützt, sondern politisch auf die anstehende Bundestagswahl orientiert. Einen besseren Beweis, dass sich mit dem Stimmzettel die Interessen der abhängig Beschäftigten nicht sichern lassen, hätten sie nicht erbringen können. Die mit den Stimmen vieler Gewerkschafter in den Sattel gehobene rot-grüne Koalition setzte den Kurs der sozialen Demontage fort und

verschärfte ihn – abgesichert durch die Einbindung der Gewerkschaften über das Bündnis für Arbeit. Diese haben dort zwar viel gegeben aber nichts erhalten. Die freiwilligen, ohne Not gemachten Zugeständnisse haben nicht zu einem Entgegenkommen der Bundesregierung und der Unternehmerverbände geführt, sondern nur neue Begehrlichkeiten geweckt. Nach dem ersten Schritt zur Privatisierung der Rentenversicherung wird jetzt die Demontage der Krankenversicherung vorbereitet.

Wie der Bundeskanzler mit dem Bündnis für Arbeit bittet nun auch der Regierende Bürgermeister von Berlin die Spitzen von DGB und ver.di hinter verschlossenen Türen an den runden Tisch. Im Gegensatz zu Schröder, der sich vor drei Jahren noch „am Abbau der Arbeitslosigkeit messen lassen wollte“, macht Wowereit von Anfang an klar, dass es sich in

Berlin nur um ein Bündnis zum Abbau von Arbeitsplätzen handeln könne. Die Vertreter der Beschäftigten, mit deren Besitzständen der Haushalt saniert werden soll, nehmen bereitwillig Platz. Die Berlin-Brandenburgische ver.di-Vorsitzende Stumpfenhusen erklärt, „mit den Gewerkschaften könne man reden, man müsse aber auch mit ihnen rechnen“. Mit anderen Worten: Wir machen alles mit, aber mutet uns nur das zu, was wir der breiten Mitgliedschaft noch verkaufen können, ohne dass diese aufmuckt oder rebelliert. Von Bedeutung für die Gewerkschaftsführungen sind eh nur noch die zur Zeit Beschäftigten – der Abbau von Arbeitsplätzen soll „sozialverträglich“, möglichst ohne betriebsbedingte Kündigungen über die Bühne gebracht werden. Eine Gewerkschaftspolitik die sich auf die noch Beschäftigten beschränkt und die zur objektiven Notwendigkeit erhobenen Sachzwänge anerkennt, kann unter den gegebenen Verhältnissen nur im Co-Management enden.

Wowereit, Spitzenkandidat der SPD, hat in einem Interview dargelegt, in welche Richtung die Haushaltssanierungspolitik einer von ihm geführten Regierung gehen wird: „... ich werde in den nächsten fünf Jahren noch vielen Leuten auf die Füße treten müssen. Es wird hier und da an die Besitzstände gehen ...“. Er fährt fort: „Wir werden weiter privatisieren, weil es Strukturen im öffentlichen System gibt, die nicht konkurrenzfähig sind... Grundsätzlich muss sich die Politik zurückziehen aus den öffentlichen Betrieben und Banken“ (Beide Zitate: Tagesspiegel vom 30.7.2001). Die beiden zentralen Eckpunkte seiner Regierungspolitik, Privatisierung wie Reduzierung der Ausgaben, sollen unabhängig von der Frage gelten, aus welchen Parteien sich der zukünftige Senat zusammensetzen wird. Dies heißt im einzelnen folgendes:

Eine weitere Privatisierung öffentlicher Unternehmen und staatlicher Dienstleistungen.

- Die von Wowereit beabsichtigte Fusion von BVG und S-Bahn wäre ein entscheidender erster Schritt, sich vom öffentlich geförderten städtischen Nahverkehr zu verabschieden. Die S-Bahn wird von der Bundesbahn betrieben. Ihre Tarife liegen weit unter denen, die derzeit bei den Berliner Verkehrsbetrieben gelten.
- Der von Wowereit geführte Übergangssenat versucht bereits jetzt, die Berliner Bankgesellschaft zu verkaufen. Damit sind nicht nur Tausende von Arbeitsplätzen in Gefahr, der Senat verzichtet mit der Privatisierung auch auf die Möglichkeit, bestimmenden Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungen in der Stadt zu nehmen.
- Wowereit kündigt mit seiner Aussage zur Privatisierung an, dass er die vom bisherigem Senat verfolgte Politik im Bereich des Gesundheitswesens fortsetzen will. Hier sind in den letzten Jahren eine Vielzahl von Krankenhäusern in private Gesellschaften überführt worden. Sobald die von diesen Unternehmen bei der Gründung befristet ausgesprochenen Arbeitsplatzgarantien und Sicherungen tariflicher Ansprüche ausgelaufen waren, kam es zu erheblichen Einkommensverlusten und zum Abbau von sozialen Leistungen. Die Anzahl der Arbeitsplätze wurde drastisch reduziert. Dennoch wird weiterhin die „zu hohe Bettenzahl“ angeführt, um weitere Zusammenschlüsse und auch Klinik-Schließungen zu legitimieren. Das Versuchsfeld

hierfür war das Krankenhaus Moabit, das trotz Widerstandes der Beschäftigten geschlossen wurde.

- Der Senat hat bereits in den letzten Jahren begonnen, sich aus seiner Verantwortung für den Betrieb von Kindertagesstätten zu verabschieden. Er übergab die Betreuung von immer mehr Kindern privatwirtschaftlich arbeitenden Trägern. Diese beschäftigen Mitarbeiter z.T. nur noch als selbständige Unternehmer. So gibt es für die unter solchen Bedingungen eingestellten Erzieher weder Weihnacht- noch Urlaubsgeld. Auch müssen sie bei einem äußerst niedrigen Einkommen die Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen aufbringen. Die kaum einmal über mehrere Monate gesicherten Finanzierung des eigenen Arbeitsplatzes macht jede Lebensplanung unmöglich. Einer Absicherung des Arbeitsplatzrisikos durch die Zahlung von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung widersetzen sich die Arbeitsämter.
- Wowereit will das Tempo der Privatisierung von sozialen Diensten in den nächsten Jahren deutlich erhöhen. Er lässt sich auch nicht von dem Umstand beeindrucken, dass diese Politik in den letzten Monaten zur Pleite von traditionellen Trägern von Sozialdiensten geführt hat. So musste vor einiger Zeit der Landesverband des DRK Konkurs anmelden. Dies droht jetzt auch noch der Berliner Arbeiterwohlfahrt. Beide haben noch einen hohen Anteil von Beschäftigten, die nach den alten BAT-Tarifen bezahlt werden. Doch diese Gehälter und die damit verbundenen Sozialleistungen ließen sich mit den vom Berliner Senat gezahlten Sätzen nicht mehr bestreiten. Beim DRK kam hinzu, dass über Jahre hinweg notwendige Rücklagen für Renten oder Krankenfälle nicht gebildet wurden. Jetzt, wo diese Rücklagen benötigt werden, stehen sie nicht zur Verfügung, die Kosten müssen aus den laufenden Einnahmen beglichen werden, was die Haushalte sprengt. Statt die strukturelle Unterfinanzierung des Sozialbereichs zum Gegenstand von Kritik an Senat und Bundesregierung zu machen, reagieren beide Träger wie gewohnt mit Lohnsenkung, Abbau tariflicher Leistungen, Personalabbau.
- Trennen will sich der Senat auch von einer der beiden Universitätskliniken. Mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit wird es die traditionsreiche Charité in Ost-Berlin treffen. So wurde der Charité der dringend notwendig Neubau eines Bettenhauses verweigert und sogar die Sanierung des bestehenden untersagt. Dass die Charité privatisiert werden soll und dass der Wowereit-Senat dadurch die „Verschlankung“ der Hochschul-Medizin erreichen will, ist kein Geheimnis mehr. Jedenfalls verspricht sich der Senat hier ein erhebliches Einsparungspotential.
- Weitere Beispiele für diesen Trend der „Optimierung“ der Ressourcen lassen sich anführen. Die Privatisierungsphantasien reichen vom vollständigen Rückzug aus den städtischen Versorgungsunternehmen (BEWAG, GASAG) über den Verkauf der in Berlin traditionell großen Wohnungsbauunternehmen bis hin zur Veräußerung von Kultureinrichtungen

Drastische Einsparungen bei den laufenden Ausgaben

- Etwa eine Milliarde DM (= 15.000 Stellen) will der Regierende Übergangsbürgermeister bei den Beschäftigten des

öffentlichen Dienstes einsparen. Und dies in einer Situation, wo der Bürger bereits jetzt auf den Ämtern, die er in Anspruch nehmen muss, wegen Personalmangel nach stundenlangen Wartezeiten auf völlig entnervte Mitarbeiter stößt, sei es auf den Sozialämtern oder den Melde- und Kfz-Zulassungsstellen.

- Die Einsparungen müssen aber nicht zwangsläufig über Entlassungen, die Wowerit allerdings nicht grundsätzlich ausschließen will, realisiert werden. Der Spitzenkandidat der SPD hat angedeutet, dass auch andere Möglichkeiten denkbar sind. Die Gewerkschaften müssten allerdings bereit sein, auf tarifvertragliche Ansprüche zeitweise oder gar dauerhaft zu verzichten. So ist an Beförderungssperren, den Wegfall oder die drastische Reduzierung von Zuschlägen, vielleicht auch an Arbeitszeitverlängerungen gedacht

Wowerit will zur Reduzierung der staatlichen Zuwendungen – wo irgendetwas möglich – die Einnahmen erhöhen.

- Einmal beabsichtigt er, die Ladenschlusszeiten zu liberalisieren. Damit hofft er, Kaufkraft nach Berlin ziehen zu können. Betroffen sind davon nicht nur die Beschäftigten des Einzelhandels, sondern alle, die in den lukrativen Einkaufszentren arbeiten müssen: Hausmeister, Beschäftigte in den Filialen der Deutschen Post, Bedienstete der BVG, usw..
- An eine weitere Erhöhung der Einnahmen und damit an eine Reduzierung der Zuschüsse aus dem Landeshaushalt ist aber auch bei den bereits privatwirtschaftlich arbeitenden Schwimmbädern, der BVG oder den Behörden, wie etwa den Einwohnermeldeämtern gedacht. Auch von der Reproduktionsseite drohen für die ArbeiterInnen und AngestelltInnen der Stadt weitere Belastungen.
- Der Senat wird auch in Zukunft weiter Vollzeitstellen abzubauen und sie durch Teilzeitstellen ersetzen. Häufig geschieht dies nach den Erfahrungen, die in den letzten Jahren insbesondere in den Sozialbereichen gewonnen wurden, durch die Einstellung von gering qualifizierten Personals. So werden statt Sozialarbeitern Erzieher eingesetzt und ausgebildete Altenpfleger durch Studenten oder Hausfrauen ersetzt.

Die Berliner Gewerkschaften stehen derzeit mit dem Rücken zur Wand. Sie haben in den letzten Jahren, mit Ausnahme der HBV, die sich immer wieder gegen eine Ausdehnung der Ladenschlusszeiten durch die Mobilisierung ihrer Mitglieder gewehrt hat, den Abbau von Arbeitsplätzen passiv hingenommen. Dort, wo sich in einzelnen Betrieben etwas geregt hat, hat insbesondere die ÖTV versucht, das jeweilige Problem als ein spezielles „Sonderproblem“ zu behandeln. An einer aktiven Auseinandersetzung mit der Sparpolitik des Senates hatte sie kein Interesse. Dies hat nicht nur zu einem erheblichen Verlust an Mitgliedern geführt. Die ÖTV hat in ihren starken Betriebsbereichen wie der BVG und der Berliner Stadtreinigung, die beide von Privatisierung betroffen sind, dramatisch an Ansehen und an Aktionskraft eingebüßt. Diese zwei Bereiche waren in den letzten Jahrzehnten die entscheidenden Bastionen und

Bataillone in den Tarifrunden. Wie und mit wem die ÖTV/ver.di in Berlin künftig die Tarifrunden gewinnen will, fragen sich immer mehr Funktionäre. Insgesamt ist die ÖTV, jetzt ver.di, als eine ernstzunehmende Kraft, die auch auf die politischen Entscheidungsträger in der Stadt einen gewissen Druck ausüben kann, verschwunden.

All dies macht deutlich, dass die Interessen derer, die nichts besitzen als ihre Arbeitskraft, die sie zu Markte tragen müssen, sich weder mit dem Stimmzettel noch durch institutionalisierte Spitzengespräche der Gewerkschaften mit Regierungen und Unternehmerverbänden zur Geltung bringen lassen. Entscheidend ist einzig und allein, welche Geschlossenheit und Kraft sie in künftigen Auseinandersetzungen aufbringen können. Die Nagelprobe für alle Beteiligten kommt nicht mit dem Wahltag, sondern mit der praktischen Umsetzung von Sparmaßnahmen durch die zukünftige Senatskoalition. Den Wahlkampf müssen wir nutzen, um auf diese Zusammenhänge hinzuweisen. Dazu gehört es:

- In den Gewerkschaften dem verhängnisvollen Kurs der Anpassung und Unterordnung entgegenzutreten, zusammen mit allen Kritikern am Bündnis für Arbeit über die Grenzen von Einzelgewerkschaften und Gremien hinweg. Hier gilt es insbesondere ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Situation im eigenen Arbeitsbereich eine ist, die über den eigenen Betrieb hinaus eine Vielzahl von Beschäftigten in der Stadt angeht und nur gemeinsam von den Lohnabhängigen durch eine schärfere Konfrontation mit den politischen Verantwortlichen gelöst werden kann.
- Die Kritiker am Kurs der PDS-Führung zu unterstützen und sie zugleich darauf hinzuweisen, dass sie sich nicht auf die innerparteiliche Auseinandersetzung beschränken dürfen.

Voraussetzung dafür ist u.a., dass wir uns mit den Wahldiskussionen in den Gewerkschaften und der Linken auseinandersetzen.

Wir wissen, dass Wahlen weder an den Zuständen noch an den Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft etwas ändern können. Sie spiegeln höchstens diese Kräfteverhältnisse wider, d.h. sie geben Auskunft über den Einfluß der verschiedenen Parteien und politischen Strömungen. Trotzdem ist es natürlich nicht gleichgültig, ob und wem man seine Stimme gibt. Trotz aller Kritik an der Politik der PDS bleibt sie im Wesentlichen eine Oppositionspartei. Alle Anbietung ändert bisher nichts daran, dass sie von den anderen etablierten Parteien in diese Richtung gedrängt wird. Sie will diese Ausgrenzung durch die anderen parlamentarischen Parteien einerseits überwinden, andererseits nutzt sie diese Situation aber, um ein bestimmtes Wählerklientel an sich zu binden.

Zugleich ist die PDS die einzige im Bundestag vertretene Partei, die sich konsequent gegen die Beteiligung der Bundeswehr an Kriegshandlungen ausspricht und der bürgerlichen Menschenrechtsdemagogie widersteht. Damit begibt sie sich selbst in die Rolle einer Oppositionspartei, deren Regierungsfähigkeit zumindestens auf Bundesebene grundsätzlich in Frage gestellt bleibt.

Die PDS befindet sich so in einer sehr widersprüchlichen Situation, aus der sie durch keine Programmdiskussion und

keinen Parteitag herauskommen kann. Allein der Zwang zu praktischem politischen Agieren wird hier eine Entscheidung herbeiführen.

Wer sich entschließt, die PDS wegen ihrer Rolle als Oppositionspartei und ihrer Nichtverstricktheit in den Berliner Politikklüngel zu wählen, sollte deshalb bedacht sein, dass, wenn die Widersprüche, in denen sich die PDS befindet, bei einer evtl. Regierungsbildung offen zu Tage treten, seine

Hoffnungen nicht enttäuscht werden. Das können Wähler aber nur beeinflussen, wenn sie durch eigene politische Aktivität und durch die Verteidigung ihrer sozialen Interessen außerparlamentarischen Druck auf die von ihnen Gewählten ausüben. Wer sich aber darauf beschränkt, mit dem Wahlzettel politisch aktiv zu sein, tut das, was die Herrschenden wünschen: Er läßt den Parteien, ihren Apparaten und Abgeordneten freie Hand, den Interessen der Herrschenden zu dienen und sich selbst Posten und Einfluß zu sichern.



VOLKSBILDUNG IN ZEITEN DES WAHLKAMPFES: ALLE PARTEIEN ENTDECKEN IHR HERZ FÜR DIE SCHÜLER/INNEN [M] CW-ST.

Berliner Personalrätekonferenz

Am 8. Juni fand eine schon länger geplante Berliner Personalrätekonferenz zum Thema „Verwaltungsreform und ihre Folgen“ statt. Ursprünglich sollten dort die vorläufigen Ergebnisse der Expertenkommission „Staatsaufgabenkritik“ (unter der Leitung des ehemaligen Justizsenators Rupert Scholz, CDU) diskutiert werden. Die schon zuvor bekannt gewordenen Ergebnisse dieser Kommission münden in der Empfehlung erheblicher weiterer Privatisierungen und

damit verbundener Kürzungen der Personalkosten, sprich Entlassungen. 200 Millionen DM sollen eingespart werden, so der Vorsitzenden des Hauptpersonalrats Klang. Durch die sich zuspitzende Entwicklung in Berlin in Folge der Krise der Bankgesellschaft gewann die Konferenz jedoch noch an Brisanz. Es steht die Drohung den Personalhaushalt um zusätzlich 1 Milliarde DM senken. Ver.di rief daher zu einer Demonstration vom Bahnhof Wedding zum wenige hundert

Meter entfernten Versammlungsort auf. Etwa 250 Personalratsvertreterinnen und -vertreter versammelten sich gegen 8 Uhr.

Die ver.di-Bezirksvorsitzende Susanne Stumpfenhusen hielt auf der Demonstration, so wie sie es selber ausdrückte, eine Kampfrede. Diese mündete in der Drohung, dass man mit ver.di zwar reden könne, allerdings auch rechnen müsse. Im Konferenzsaal warnte sie dann vor weiteren Privatisierungen und Lohndumping durch private Anbieter von bisher öffentlichen Dienstleistungen. Auch hier wehte noch einmal ein kurzer Hauch von Klassenkampf durch den Saal. „Wer den Daimler vor, den Swimmingpool hinter, die Bibliothek im Haus hat, der benötigt ja diese Leistungen nicht.“ Dies sind angesichts der bisher von der ÖTV störungsfrei begleiteten Deregulierung der Öffentlichen Dienstes in Berlin wahrlich erschreckende Kampfgebährden. Entsprechend lehnten auch die zur Konferenz eingeladenen Vertreter der Parteien in ihren Beiträgen betriebsbedingte Kündigungen ab.

Als erster Gast trat der Innensenator Werthebach in die Bütt. Ohne rot werden zu müssen, hob er sein bis dahin gutes Verhältnis zu den Personalvertretungen und den Gewerkschaften hervor. Eigentlich sei er ja selber einer von ihnen, schließlich habe er sechs Jahre als Personalrat im Bundesinnenministerium gearbeitet. Auch für die Bankenkrise sei er ja nicht verantwortlich zu machen. Abschließend empfahl er dem Publikum einmal die Parlamentsreden des Herrn Harald Wolf (PDS) mit seinen öffentlichen Reden in Bezug auf betriebsbedingte Kündigungen zu vergleichen. Auf Wiedersehen. (freundlicher Beifall)

Harald Wolf hatte zuvor gefordert, dass man zunächst die Verantwortlichen der Krise in Regress nehmen solle. Er wies allerdings auch darauf hin, Ehrlichkeit in Bezug auf die Sparabsichten zu zeigen – und dies tabulos, aber dafür unideologisch. Denn „es wird weiteren Personalabbau geben, aber nicht wo geleistet wird. Gespart wird bei den Häuptlingen und nicht bei den Indianern.“ (freundlicher Beifall) Wie der Indianer Wolf Personalkürzungen bei Parlamentarischen Staatssekretären, Oberdirektoren etc. vornehmen wolle, konnte leider nicht geklärt werden. Wir nehmen den Hinweis von Werthebach also dankend zur Kenntnis.

Liepelt (CDU), ein bekannter Vertreter des Berliner Klüngels im Öffentlichen Dienst, hob die Dauerhaftigkeit der bestehenden Tarifverträge und der damit unterbliebenen Tariffucht hervor. Dies stieß allerdings auf etwas Unmut bei denen, die z.B. von der Privatisierung einiger Linien der Berliner Verkehrsbetriebe betroffen sind. Die Vertreterin der SPD, Frau Fischer, trat auf – und sagte nichts. Camilla Werner (Bündnis 90/Grüne) beklagte ihrerseits die Anpassungsfähigkeit ihrer Vorredner an den jeweiligen Auftrittsort. Um sich davon abzusetzen, sprach auch sie sich gegen betriebsbedingte Kündigungen, Arbeitszeiterhöhungen und Personalabbau in den Bezirken aus. Um der Vernichtung von Arbeitsplätzen und der Verdichtung der Arbeit der Beschäftigten zu begegnen, entwickelte sie den fantasievollen Vorschlag, die jährlich 17 000 altersbedingten Abgänge nicht vollständig zu ersetzen. Danke Schön!

Lediglich ein Kollege aus dem Publikum kritisierte die Rolle der ÖTV in der bisherigen Deregulierung und Privatisierung, er selber war von der Abwicklung der Zivilbeschäftigten der westlichen Alliierten betroffen. Auch die Passivität der ÖTV bei der Privatisierung der Pfortnerdienste wurde von ihm angesprochen. So arbeiten in Berlin inzwischen auch Kolleginnen und Kollegen zum Brandenburger Tarif von 8,54 DM.

Der zuletzt auftretende Vertreter von ver.di zog dann auch eine der schärfsten Waffen der Gewerkschaftsbewegung. Komme es zu weiteren Privatisierungen oder betriebsbedingten Kündigungen, werde sich ver.di aus der oben angesprochenen Expertenkommission „Staatsaufgabenkritik“ zurückziehen. „Die Ruhe an dieser Front ist vorbei.“ Stattdessen werde ver.di in die Offensive gehen und Wahlprüfsteine zu den Berliner Wahlen herausgeben. Vorsicht Klaus Wowereit!

So richtig es ist, die Krise in Berlin, die ja auf Kosten der Beschäftigten und sozial Schwachen gelöst werden soll, in Versammlungen von Personalratsmitgliedern zu diskutieren, so entmutigend ist das Auftreten von ÖTV/ver.di für die KollegInnen. Große Reden, leere Drohungen und ein pünktlicher Schluss der Versammlung um 13 Uhr werden der weiteren Deregulierung des Öffentlichen Dienstes jedenfalls nichts entgegensetzen

